



# Geschäfte des EFD 2017

## 4. Quartal

### Bundesfinanzen

- **Zweite Hochrechnung 2017:** Für 2017 rechnet der Bund im ordentlichen Haushalt mit einem Überschuss von rund 800 Millionen Franken. Budgetiert war ein Defizit von 250 Millionen. Die bereits in der ersten Hochrechnung festgestellte Entwicklung hin zu einem besseren Ergebnis hat sich leicht akzentuiert. (25.10.)
- **Strukturelle Reformen:** Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen bei den strukturellen Reformen festgelegt. Er will in zwei Stossrichtungen weiterarbeiten und hat verschiedene Vertiefungsaufträge erteilt. (08.11.)
- **Ausgleichszahlungen:** 2018 nehmen die Finanzausgleichszahlungen gegenüber dem Vorjahr um 102 Millionen zu und betragen knapp 5,1 Milliarden Franken. Der Bundesrat hat die Ausgleichszahlungen im Rahmen einer Teilrevision der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich gutgeheissen. (15.11.)

### Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **DBA mit Pakistan:** Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Pakistan auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen verabschiedet. Die Botschaft wurde den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorgelegt. (25.10.)

### Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **AIA-Abkommen mit Hong Kong und Singapur:** Der Bundesrat hat die Abkommen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit Hong Kong und Singapur in die Vernehmlassung geschickt. Das Abkommen mit Hong Kong unterzeichnete die Schweiz am 13. Oktober 2017, die Unterzeichnung des Abkommens mit Singapur erfolgte bereits am 17. Juli 2017. Die Vernehmlassung dauert bis am 27. Januar 2018. (13.10.)
- **BEPS-Übereinkommen:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum multilateralen Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS-Übereinkommen) eröffnet. Damit kann die Schweiz bestehende Doppelbesteuerungsabkommen an die im Rahmen des BEPS-Projekts vereinbarten Mindeststandards anpassen. Gegenstand der Vorlage ist zudem das Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Die Vernehmlassung dauert bis am 9. April 2018. (20.12.)

## Internationales

- **Deklaration zu E-Government:** Bundesrat Ueli Maurer hat im Rahmen der «Ministerial eGovernment Conference» in Estland eine von EU und EFTA gemeinsame erarbeitete «Declaration on eGovernment» unterzeichnet. Die Deklaration enthält fünf zentrale Prinzipien für E-Government und soll als Leitfaden zur Weiterentwicklung dienen. (06.10.)
- **Darlehen an den IWF:** Der Bundesrat hat die Revision des Währungshilfegesetzes (WHG) per 1. November 2017 in Kraft gesetzt und beschlossen, dass die Schweiz dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Darlehen von 8,5 Milliarden Franken gewährt. (11.10.)
- **Jahrestagung von IWF und Weltbank:** Bundesrat Ueli Maurer als Schweizer Delegationsleiter, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann und Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahmen vom 12. bis 14. Oktober 2017 an der gemeinsamen Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe in Washington teil. (14.10.)
- **ALBAG und ALBA-Vereinbarung:** Der Bundesrat hat beschlossen, das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAG) auf den 1. Dezember 2017 in Kraft zu setzen. Die Inkraftsetzung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte vom 27. Januar 2016 (ALBA-Vereinbarung) soll im Dezember erfolgen. Zudem hat der Bundesrat die Länder festgelegt, mit welchen länderbezogene Berichte ausgetauscht werden sollen und hat eine Erklärung zum Amtshilfeübereinkommen verabschiedet. (18.10.)
- **Finanzregulierung EU-Schweiz:** Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen des Eidgenössischen Finanzdepartements und die EU-Kommission haben sich in Bern zum Regulierungsdialo 2017 getroffen. Am Treffen unter der Leitung des Staatssekretärs für internationale Finanzfragen, Jörg Gasser, und des Generaldirektors der EU-Kommission für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion, Olivier Guersent, nahmen Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, der EU-Aufsichtsbehörden, des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung Single Resolution Board, der Schweizerischen Bundesverwaltung, der Schweizerischen Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht FINMA teil. (19.10.)
- **Aussenhandel:** Während die Exporte arbeitstagbereinigt im 3. Quartal 2017 innert Jahresfrist um 2,5 % stiegen, legten die Importe sogar um 7,4 % zu. Mit diesen Plus bewegt sich der Aussenhandel weiter auf hohem Niveau. Die Handelsbilanz sank von 10,3 Mrd. Fr. auf 8,5 Mrd. Fr. (19.10.)
- **Fintech-Festival in Singapur:** Staatssekretär Jörg Gasser besuchte das Fintech-Festival in Singapur. Der Anlass bot die Möglichkeit zum Austausch mit Vertretern der Fintech-Szene und Aufsichtsbehörden. (15.11.)
- **DBA mit Kosovo:** Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Kosovo auf dem Gebiet der Steuern von Einkommen verabschiedet. Die Botschaft wurde den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorgelegt. (15.11.)
- **Zoll-Transitverfahren:** Der Bundesrat hat den Beschlussentwurf des gemischten Ausschusses EU-EFTA zur Änderung des «Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (gVV)» gutgeheissen. Er tritt am 1. Januar 2018 in Kraft. (22.11.)
- **China:** Li Shulei, stellvertretender Sekretär der chinesischen Disziplinarkommission, weilte zu einem Gespräch in Bern. Im Austausch mit Finanzminister Ueli Maurer wurden verschiedene Finanzthemen aufgegriffen. Ausserdem wird am 8. Dezember 2017 in Peking das nächste Treffen im Rahmen des regelmässigen Finanzdialogs zwischen der Schweiz und China stattfinden. (06.12.)
- **IWF:** Der Bundesrat hat die Schlüsselprinzipien der Politik der Schweiz im Internationalen Währungsfonds (IWF) im Grundsatz bestätigt und aktualisiert. Zudem

hat er einen Bericht über das Engagement der Schweiz im internationalen Finanz- und Währungssystem verabschiedet. (20.12.)

## Wichtige Verordnungen

- **Mehrwertsteuerverordnung:** Der Bundesrat hat die teilrevidierte Mehrwertsteuerverordnung verabschiedet. Sie enthält die Anpassungen an das teilrevidierte Mehrwertsteuergesetz und weitere punktuelle Änderungen. Das teilrevidierte MWST-Gesetz und die teilrevidierte MWST-Verordnung treten mit Ausnahme der Bestimmungen zum Versandhandel am 1. Januar 2018 in Kraft. (18.10.)
- **Mehrwertsteuer:** Die Satzänderungen bei der Mehrwertsteuer (MWST) auf den 1. Januar 2018 werden mittels Verordnungen technisch umgesetzt. Der Bundesrat hat eine neue Verordnung sowie eine Verordnungsänderung auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. (08.11.)
- **Überbrückungsrente:** Der Bundesrat hat eine Revision der Bundespersonalverordnung (BPV) gutgeheissen. Sie sieht eine Anpassung der finanziellen Beteiligung des Arbeitgebers an der Überbrückungsrente vor. Die Änderung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft. (15.11.)
- **Liquidität der Banken:** Der Bundesrat hat eine Änderung der Verordnung über die Liquidität der Banken verabschiedet. Nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen am 1. Januar 2018 werden namentlich kleinere Finanzinstitute von Erleichterungen bei der Mindestliquiditätsquote (liquidity coverage ratio, LCR) profitieren. Im Gegenzug wird die ursprünglich für den 1. Januar 2018 geplante Einführung einer Finanzierungsquote (net stable funding ratio, NSFR) verschoben. Der Bundesrat wird Ende 2018 erneut darüber befinden. (22.11.)
- **Eigenmittelverordnung:** Der Bundesrat hat eine Revision der Eigenmittelverordnung (ERV) verabschiedet. Sie betrifft einerseits die Einführung einer Leverage Ratio (LR) und andererseits neue Vorschriften auf dem Gebiet der Risikoverteilung. Damit werden zwei Ergänzungen der internationalen Standards des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel III) umgesetzt. (22.11.)
- **Personendaten:** Der Bundesrat hat die Totalrevision der Verordnung über den Schutz von Personendaten des Bundespersonals (BPDV) verabschiedet. Sie tritt am 1. Januar 2018 in Kraft. (22.11.)
- **Bundespersonalrecht:** Mitte 2017 hat der Bundesrat Anpassungen am Lohnsystem beschlossen. Nun setzt er diese zusammen mit weiteren Änderungen im Bundespersonalrecht um. Er hat die entsprechenden Verordnungen revidiert. Die Änderungen treten am 1. Januar 2018 in Kraft. (22.11.)
- **Wohlfahrtskasse des Zollpersonals:** Der Bundesrat hat die Teilrevision der Verordnung über die Wohlfahrtskasse des Zollpersonals verabschiedet. Die Änderungen treten auf den 1. Januar 2018 in Kraft. (01.12.)

## Weitere EFD-Geschäfte

- **Direkte Bundessteuer:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat entschieden, für das Kalenderjahr 2018 weiterhin keinen Vergütungszins für vorzeitig entrichtete Beträge der direkten Bundessteuer auszurichten. (02.10.)
- **Informatik der ESTV:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) und das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) haben im Informatikprogramm FISCAL-IT einen Meilenstein erreicht. Die ESTV hat die alten Informatiksysteme für die direkte Bundessteuer, die Verrechnungssteuer und die Stempelabgaben am Wochenende vom 30. September/1. Oktober erfolgreich abgelöst. (02.10.)

- **FLIR-Flüge:** Im März 2016 beauftragte die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) die zuständige Beschaffungsbehörde Überwachungsflüge für das Grenzwachtkorps öffentlich auszuschreiben. Die Ausschreibung umfasste pro Jahr maximal 150 Flugstunden mit Helikoptern, die mit einer Wärmebildkamera (FLIR) ausgestattet sind. Dies über vier Jahre und mit der Option einer Verlängerung um zweimal je ein weiteres Jahr bis 2022. Da die Leistungen nun bundesverwaltungsintern durch die Luftwaffe erbracht werden können, wird die Ausschreibung abgebrochen. (09.10.)
- **Zolllabor:** Die Sektion Zolllabor der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) wird per 1.1.2018 ins Eidgenössische Institut für Metrologie (METAS) überführt. Diese Überführung sichert der EZV den langfristigen Erhalt ihrer Laborleistungen aus einer Hand, was die Abläufe für die EZV vereinfacht und die Schnittstellen mit externen Laboratorien auf ein Minimum reduziert. Die naturwissenschaftlich-technische Ausrichtung des METAS erlaubt dem Zolllabor grosse Entwicklungsmöglichkeiten und schafft Synergiepotentiale. (17.10.)
- **E-Government:** Der Steueraussschuss E-Government Schweiz hat von den Fortschritten bei der Umsetzung der E-Government-Strategie von Bund, Kantonen und Gemeinden Kenntnis genommen und den Schwerpunktplan 2018–2019 verabschiedet. Er hat zudem beschlossen, die Strategie früher zu erneuern als geplant. (19.10.)
- **E-Government-Dienstleistungen:** Gemäss dem E-Government-Monitor ist die Zufriedenheit der Bevölkerung in der Schweiz mit den Online-Diensten der Behörden hoch. Untersucht wurde die Nutzung von und die Zufriedenheit mit Online-Diensten in Deutschland, Österreich und der Schweiz. (27.10.)
- **Gebührenfinanzierung:** Im Schweizer Durchschnitt wurden 2015 77% der Kosten in ausgewählten Aufgabengebieten durch Gebühren finanziert. Damit hat die Kennzahl gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen. Stark gestiegen ist der Teilindex der Strassenverkehrsämter. Dieser liegt bei 123%. Das zeigt der von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) berechnete Indikator der Gebührenfinanzierung in Kantonen und Gemeinden. Diese Kennzahl stellt die Gebühreneinnahmen der öffentlichen Hand, die in bestimmten Aufgabengebieten anfallen, den entsprechenden Kosten gegenüber. (31.10.)
- **Digitalisierung:** Der rasante Fortschritt im Bereich der Digitalisierung erfordert eine Weiterentwicklung der vorhandenen Kenntnisse im Eidgenössischen Finanzdepartement. Erfahrungen aus laufenden Projekten mit klar digitaler Ausrichtung wie Fiscal-IT oder auch DaziT legen es nahe, das aktuelle Fachwissen in einer Plattform Digitalisierung zu bündeln. Über diese Absichten liess sich der Bundesrat durch Bundesrat Ueli Maurer informieren. (01.11.)
- **Verschlüsselungstrojaner:** Der 25. Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) befasst sich mit den wichtigsten Cyber-Vorfällen der ersten Jahreshälfte 2017 im In- und Ausland. Im Schwerpunktthema widmet sich der Bericht den Verschlüsselungstrojanern «Wanna Cry» und «NotPetya», die im Frühjahr 2017 weltweit für Schlagzeilen gesorgt haben. (02.11.)
- **E-Government:** Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz publizierte in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) die erste Nationale E-Government-Studie. Auf konkrete Nachfrage besteht bei der Bevölkerung, den Unternehmen und Vertreterinnen und Vertreter aller drei Staatsebenen das Bedürfnis nach einem Ausbau des bestehenden E-Government-Angebots. (20.11.)
- **Steuerbelastung:** In zwei Dritteln der Kantone ist die Steuerbelastung im Vergleich zum letzten Referenzjahr konstant geblieben oder gesunken. Im Schweizer Durchschnitt schöpfen die Kantone und Gemeinden rund ein Viertel ihres Ressourcenpotenzials durch Steuern aus. An den kantonalen Unterschieden hat sich insgesamt wenig verändert. Das zeigt der von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) berechnete Steuerausschöpfungsindex 2018. Er gibt an, in welchem Ausmass die Steuerpflichtigen durch Steuern der Kantone und Gemeinden im Durchschnitt belastet werden. (23.11.)

- **E-Government:** Die Europäische Kommission publizierte den 14. Statusbericht eGovernment Benchmark. Die Schweiz verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr in fast allen untersuchten Bereichen. Aufholbedarf besteht im Ausbau der technischen Schlüsselmodule. (27.11.)
- **Vignette:** Ab 1. Dezember 2017 ist die neue Vignette an den üblichen Verkaufsstellen erhältlich. Sie hat die Grundfarbe «Orange metallic». Die Jahreszahl auf der Klebeseite ist blau, jene auf der Vorderseite weiss. Die Vignette kostet weiterhin 40 Franken. (30.11.)
- **FINMA-Verwaltungsrat:** Der Bundesrat hat Professorin Marlene Amstad zur neuen Vizepräsidentin und den Versicherungsfachmann Martin Suter zum neuen Mitglied des Verwaltungsrats der Finanzmarktaufsicht (FINMA) gewählt. Marlene Amstad ersetzt den bisherigen Vizepräsidenten Philippe Egger, der per Ende Januar 2018 seinen Rücktritt erklärt hat. Martin Suter übernimmt den vakanten Sitz von Bruno Frick, der per Ende August 2017 seinen Rücktritt erklärt hat. (01.12.)
- **Steuerharmonisierung:** Eine formelle Harmonisierung bei der Erhebung und dem Bezug der direkten Steuern kommt nur im Einvernehmen mit den Kantonen in Frage. Das schreibt der Bundesrat in einem Bericht, den er gutgeheissen hat. (01.12.)
- **Cyber-Sicherheit:** Der Bundesrat hat von den Empfehlungen des Beirats Zukunft Finanzplatz zur Verbesserung des Dispositivs des Schweizer Finanzsektors gegen Cyber-Angriffe Kenntnis genommen. Er hat zudem das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, zwei Empfehlungen zu prüfen. (08.12.)
- **Start-ups:** Der Bundesrat hat den Bericht «Bewertung von Jungunternehmen (Start-ups)» der Arbeitsgruppe Start-ups zur Kenntnis genommen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt eine Anpassung des Kreisschreibens der Schweizerischen Steuerkonferenz zur Vermögensbewertung von nichtkотиerten Unternehmen. (08.12.)
- **Fintech:** Bundesrat Ueli Maurer hat Vertreter der Finanzbranche und der Wissenschaft zu einem zweiten Fintech-Roundtable eingeladen. Erste Schritte zur Schaffung von Fintech-freundlichen Rahmenbedingungen wurden bereits vollzogen. Der Roundtable hat aufgezeigt, dass der Austausch zwischen Behörden und der Branche in diesem sich rasch entwickelnden Bereich weiterhin von grosser Wichtigkeit ist. (11.12.)
- **Mitarbeiter der Bundesverwaltung:** Den Mitarbeitenden der Bundesverwaltung wird auf 2018 die Teuerung ausgeglichen. Damit wird ein entsprechender Entscheid des Parlaments zum Budget 2018 umgesetzt. Darüber liess sich der Bundesrat informieren. (20.12.)
- **Identitätskarte:** Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, die Personalisierung der neuen schweizerischen Identitätskarte bundesintern vorzunehmen. Somit werden Namen, Geburtsdatum und weitere Angaben, die sich auf der Identitätskarte befinden, künftig direkt vom Bund gedruckt. Dieses Vorgehen ist beim Schweizer Pass bereits heute der Fall. Hauptgrund für diesen Schritt ist die Ausschöpfung von Synergieeffekten. (20.12.)
- **Eidgenössische Zollverwaltung:** Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD), Bundesrat Ueli Maurer, hat Isabelle Emmenegger zur Vizedirektorin der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) ernannt. Die Juristin leitet das Transformationsprogramm DaziT, das eine umfassende Modernisierung und Digitalisierung der EZV bis 2026 anstrebt. Die Ernennung fällt mit dem offiziellen Startschuss für das Programm DaziT am 1. Januar 2018 zusammen. (22.12.)

## Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

### In der Wintersession verabschiedete Vorlagen

- **Bundesfinanzen:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat im Rahmen der Budgetdebatte den Nachtrag II zum Voranschlag 2017 angenommen. Damit werden Nachtragskredite in Höhe von insgesamt 46,9 Millionen Franken bewilligt. Eine grössere Aufstockung von 32 Millionen Franken betrifft die Pflichtbeiträge an die EU-Erweiterung. Die im Jahr 2016 geplanten Auszahlungen werden wegen Projektverlängerungen teilweise erst 2017 fällig. Die mit dem Voranschlag 2017 bewilligten Mittel reichten nicht aus, um diese Ausgaben zu decken. (5.12.)
- **Cyber-Kriminalität:** Der Bund erhält den Auftrag, ein bundesweites Kompetenzzentrum für Cyber-Security zu schaffen. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Das Parlament erachtet die heutigen Ressourcen zur Abwehr von Cyber-Attacken als unzureichend und hat deshalb eine Motion von Ständerat Joachim Eder (FDP/ZG) angenommen. Eders Ziel ist eine Bündelung der Kräfte im Kampf gegen Cyber-Risiken. Das Kompetenzzentrum auf Stufe des Bundes soll eine globale Präventionsstrategie erarbeiten und koordinieren sowie gegenüber den Bundesämtern weisungsbefugt sein. Es soll zudem die Ausbildung in diesem Bereich übernehmen. Der Bundesrat war gegen das Anliegen, weil er die bereits aufgelegten Arbeiten für ausreichend hält. (7.12.)
- **Frankenstärke:** Der Nationalrat stört sich daran, dass der Schweiz durch den florierenden Einkaufstourismus im nahen Ausland zunehmend Mehrwertsteuern verloren gehen. Er hat den Bundesrat deshalb beauftragt, zu prüfen, ob sich das Problem durch die Einführung eines neuen Mehrwertsteuerregimes bekämpfen liesse. Die grosse Kammer überwies mit 119 zu 58 Stimmen ein Postulat seiner Finanzkommission, das von der Regierung einen Bericht zu diesem Thema verlangt. Ursache der Malaise ist das Preisgefälle zwischen der Schweiz und dem nahen Ausland. Aufgrund der Frankenstärke würden sich zunehmend Konsummilliarden aus der Schweiz in die Nachbarländer verlagern, argumentierte die Kommission. Dort würden neue Detailhandelsstrukturen aufgebaut und Mehrumsätze erzielt, während in der Schweiz Ladenflächen und Arbeitsplätze verschwänden. (7.12.)
- **Landwirtschaft:** Der Nationalrat hat beim Bundesrat einen Bericht bestellt, der neue Lösungswege zur Harmonisierung bei der Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke aufzeigen soll. Der hitzig geführte Streit um Steuerprivilegien beim Landverkauf dürfte also weitergehen. Mit 96 zu 83 Stimmen bei 5 Enthaltungen nahm die grosse Kammer ein Postulat ihrer Wirtschaftskommission an. Dafür stimmten die SVP, CVP und BDP. Der Bundesrat muss nun die unterschiedliche Besteuerung von Grundstücken im Eigentum von Privaten, juristischen Personen und Selbständigerwerbenden beleuchten und Lösungen aufzeigen. Finanzminister Ueli Maurer zeigte sich wenig zuversichtlich, dass sich daraus neue Ansätze ergeben könnten. Der Nationalrat hatte in der diesjährigen Sommersession seine Pläne für den steuerfreien Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken beerdigt. (7.12.)
- **Zollverwaltung:** Der Bundesrat muss den Vollzug der nichtzollrechtlichen Erlasse durch die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) überprüfen. Der Nationalrat hat oppositionslos ein Postulat seiner Finanzkommission angenommen, das ihn damit beauftragt. Er will wissen, welche Erlasse die Zollverwaltung mit welchem Aufwand vollzieht und welche Auswirkungen die Digitalisierung der Zollverwaltung darauf hat. Die Zollverwaltung vollzieht rund 150 nichtzollrechtliche Erlasse. Dabei geht es etwa um Lebensmittelkontrollen oder den Transport gefährlicher Güter. Der Rat fordert nun eine Auslegeordnung. Der Bundesrat stellte sich nicht dagegen. (7.12.)

- **Bankgeheimnis:** Das Bankgeheimnis im Inland soll definitiv nicht gelockert werden. Das Parlament beauftragt den Bundesrat, auf eine Verschärfung des Steuerstrafrechts zu verzichten. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine entsprechende Motion angenommen. Die kleine Kammer hiess den Vorstoss oppositionslos gut, im Einverständnis mit dem Bundesrat. Mit dem Entscheid ist der Weg frei für einen Rückzug der Bankgeheimnis-Initiative. Das Initiativ-Komitee will in den nächsten Wochen entscheiden, wie SVP-Nationalrat Thomas Matter (ZH) auf Anfrage sagte. Das Hauptziel sei erreicht, stellte er fest. Bei einem Rückzug der Initiative wäre der Gegenvorschlag nicht automatisch vom Tisch. Das Parlament müsste noch entscheiden, ob es diesen abschreiben will. (12.12.)
- **Grenzwache:** Laut dem Parlament soll sich das Grenzschutzkorps auf seine Kernaufgaben konzentrieren, die Grenzkontrollen und die Registrierung von Migranten. Nebenaufgaben wie Transporte von Migranten oder die Überwachung von Empfangszentren sollen Grenzschutzler nicht ausüben müssen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion von Marco Romano (CVP/TI) angenommen. Stillschweigend folgte er seiner vorbereitenden Kommission. Auch der Bundesrat erklärte sich mit der Motion einverstanden. Finanzminister Ueli Maurer sagte, angesichts der starken Einwanderung 2016 habe man ständig improvisieren und beispielsweise an der Grenze aufgegriffene Menschen über Nacht betreuen und verpflegen müssen. Im laufenden Jahr würden diese Aufgaben ausserhalb des Grenzschutzkorps erledigt. (12.12.)
- **Zoll:** Am Grenzübergang Chiasso-Brogeda TI soll ein effizientes Abfertigungsverfahren eingeführt werden. Der Ständerat hat sich für eine Motion aus dem Nationalrat ausgesprochen. Mit 29 zu 12 Stimmen folgte die kleine Kammer ihrer vorbereitenden Verkehrskommission. Damit muss der Bundesrat nun den Vorstoss von Nationalrat Fabio Regazzi (CVP/TI) umsetzen. Dieser argumentierte, das Verfahren Transito habe die Staus an der Zollstelle Basel-Weil stark reduziert. Es sollte auch in Chiasso angewendet werden. Bundesrat Ueli Maurer sagte im Ständerat, es bestehe seit langem ein Projekt für ein effizienteres Verfahren in Chiasso. Dieses sei am Widerstand Italiens gescheitert. Trotzdem werde er den Auftrag des Parlaments selbstverständlich ernst nehmen. (12.12.)
- **Steuerabzüge:** Der Ständerat schlägt einen neuen Weg vor, wie privat genutzte Geschäftsautos besteuert werden sollen. Er hat der Forderung seiner Verkehrskommission nach einer Pauschale mit 28 zu 12 Stimmen zugestimmt. Dafür soll der Anteil am Kaufpreis erhöht werden, der heute als Einkommen versteuert werden muss. Ein Gewinnungskosten-Abzug wäre nicht mehr möglich. Der Bundesrat ist zwar wie der Ständerat der Meinung, dass dadurch die administrative Entlastung kleiner würde, wie Finanzminister Ueli Maurer im Rat sagte. Kehrseite des Vorschlags sei, dass die Pauschale weder der individuellen Situation der Steuerpflichtigen noch den unterschiedlichen kantonalen Abzugsgrenzen Rechnung trage. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. (12.12.)
- **Steueramnestie:** Der Ständerat will keine allgemeine Steueramnestie. Er hat eine Standesinitiative des Kantons Freiburg mit 34 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Gegner argumentierten, angesichts der bereits bestehenden und gut genutzten Möglichkeit zur einmaligen straflosen Selbstanzeige gebe es keinen Grund, die gesetzlichen Grundlagen zu ändern. Ausserdem sei es der Steuermoral abträglich, wenn die geschuldeten Steuern nicht vollumfänglich nachgezahlt werden müssten. Die Befürworter wiesen darauf hin, dass mit einer Amnestie die Staatskassen gefüllt werden könnten. Gesamtschweizerisch könnten 43 bis 60 Milliarden Franken zum Vorschein kommen, gab Beat Vonlanthen (CVP/FR) zu bedenken. (12.12.)
- **Bargeld:** Der Kanton Zug will das Bargeld erhalten. Mit einer Standesinitiative verlangt er, die heute ausgegebenen Banknoten im Wert von 10, 20, 50, 100, 200, 1000 Franken im Gesetz zu verankern. Der Ständerat zeigt Verständnis für das Anliegen. Die Initiative lehnte er zwar mit 24 zu 17 Stimmen ab. Eine Mehrheit hielt

den Fokus auf die Stückelung für allzu eng. Die ständerätliche Wirtschaftskommission (WAK) will Anfang des nächsten Jahres aber mit dem Nationalbank-Präsidenten über Bedeutung und Entwicklung des Bargelds diskutieren, wie Sprecher Martin Schmid (FDP/GR) sagte. Danach will die WAK entscheiden, ob gesetzgeberische Schritte zum Schutz des Bargelds nötig sind. (12.12.)

- **Informationsaustausch:** Die Schweiz soll den automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten mit 41 weiteren Staaten einführen. Der Ständerat musste noch über den Beschluss mit Neuseeland befinden. Es handelte sich aber um eine Formsache. Inhaltlich erfolgte die Zustimmung bereits früher. Der Nationalrat hatte sich zunächst gegen den Austausch mit Neuseeland und Saudi-Arabien gestellt. (12.12.)
- **Bundesbauten:** Der Nationalrat ist nicht einverstanden damit, in der Immobilienbotschaft 2017 eine Ergänzung aufzunehmen, die auf einen Streit im Kanton Schwyz um den Bau eines Bundesasylzentrums zurückgeht. Die Klausel war von Ständerat Peter Föhn (SVP/SZ) eingebracht worden und schreibt vor, dass Verpflichtungskredite nur eingesetzt werden dürfen, wenn der vorgesehene Standort von Standortgemeinde und -kanton akzeptiert wird. Bei National- und Bundesrat kam dieser Einschub sehr schlecht an. Er sei in der Immobilienbotschaft nicht am richtigen Ort, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Die Ergänzung würde eine Art Veto-Recht für die Gemeinden und ein Präjudiz schaffen, warnte er. Massgebend für die Standortfestlegung von Bundesasylzentren sei das Asylgesetz. Auf dieses Gesetz beriefen sich im Nationalrat mit Ausnahme der SVP auch alle Fraktionen. Das Geschäft geht nun nochmals zurück in die kleine Kammer. (13.12.)
- **Steuerabkommen:** Der Nationalrat hat das geänderte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Lettland gutgeheissen. Wie seine Wirtschaftskommission wollte er aber keinen Grundsatzentscheid zur Referendumsfähigkeit solcher Abkommen damit verbinden. Der Bundesrat hatte zunächst beantragt, dass künftige vergleichbare Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) künftig nicht mehr dem fakultativen Referendum unterstehen sollen. Ein einzelnes Steuerabkommen sei nicht der Ort für die Festlegung einer solchen Praxisänderung, befand die Kommission. Der Bundesrat zog seinen Antrag deshalb zurück. Das geänderte DBA mit Lettland hiess die grosse Kammer mit 120 zu 59 Stimmen gut. Einzig die SVP-Fraktion stimmte geschlossen dagegen. (13.12.)
- **Finanzmarktaufsicht:** Der Nationalrat will eine klarere Trennung zwischen der Finanzmarktregulierung durch den Bundesrat und der operativen Aufsichtstätigkeit der Finanzmarktaufsicht (FINMA). Er hat eine Motion von Martin Landolt (BDP/GL) mit 127 zu 52 Stimmen angenommen. Zehn Jahre nach Einführung der FINMA sei ein guter Zeitpunkt, um Strukturen und Prozesse zu überprüfen und allenfalls zu verbessern, begründete Landolt seinen Vorstoss. Die Unabhängigkeit der FINMA solle aber nicht geschwächt werden. Der Bundesrat schätze die Arbeit der FINMA, hielt Finanzminister Ueli Maurer fest. Die Rollenteilung zwischen der Politik und der FINMA neu zu überprüfen sei in Anbetracht der internationalen Entwicklung jedoch durchaus angezeigt. Die Motion geht nun an den Ständerat. (13.12.)
- **Finanzausgleich:** Der Nationalrat möchte wissen, wie der Ressourcenausgleich zwischen den Kantonen so verbessert werden kann, dass der Anreiz zu finanzieller Leistungsfähigkeit vergrössert wird. Er hat ein entsprechendes Postulat von Albert Vitali (FDP/LU) mit 126 zu 57 Stimmen überwiesen. Vitali fordert, dass der Bundesrat ein solches Anreizsystem prüft und dessen Auswirkungen im künftigen Wirksamkeitsbericht 2020-2023 aufzeigt. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates. Er werde dem Parlament im Rahmen der Botschaft zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs für die nächste Periode im Herbst 2018 Bericht erstatten. (13.12.)
- **Steuern:** Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat gegen einen Systemwechsel bei der Familienbesteuerung ausgesprochen. Die grosse Kammer



hat eine Standesinitiative des Kantons Neuenburg abgelehnt. Die Initiative hatte verlangt, dass die Familienbesteuerung besser an die verschiedenen Familienmodelle angepasst werde. Insbesondere sollte die ungleiche Besteuerung von Alimenten für minderjährige und volljährige Kinder beseitigt werden. Zudem sollten die Abzugsregelungen für verheiratete, unverheiratete und geschiedene Paare zu harmonisiert werden. Bei einer Gesetzesänderung müssten auch bisherige Scheidungskonventionen und viele Unterhaltsverpflichtungen angepasst werden. (13.12.)

- **Bundesfinanzen:** Keine Finanzspritze für die AHV, Kürzungen im Asylwesen, dafür mehr Geld für die Bauern und die Bildung: Das Bundesbudget fürs Jahr 2018 ist bereinigt worden. Zu den Gewinnern gehört die FDP, die ihr Hauptanliegen durchbrachte, mit dem Überschuss die Schulden abzubauen. Insgesamt fließen nächstes Jahr 442 Millionen Franken in den Schuldenabbau. Dieser Betrag wurde frei, weil das Stimmvolk im September die Rentenreform abgelehnt hatte. Weiter kürzte das Parlament das Budget der Sozialhilfe für Asylsuchende um 41 Millionen Franken. Gut weg kommen im nächstjährigen Voranschlag die Bauern und die Bildung. Entsprechende Budgetposten wurden um Dutzende Millionen Franken aufgestockt. Die budgetierten Ausgaben betragen im nächsten Jahr 71,027 Milliarden Franken. Bei Einnahmen von 71,322 Milliarden Franken ergibt sich unter dem Strich ein Plus von 295 Millionen Franken. (14.12.)
- **Löhne:** Der Nationalrat will den Jahreslohn der Chefs von bundesnahen Betrieben auf 500'000 Franken begrenzen. Er hat eine entsprechende Motion von Corrado Pardini (SP/BE) mit 111 zu 74 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Pardini fordert, dass "in allen Betrieben, bei denen der Bund Haupteigner oder Mehrheitsaktionär ist", der höchste Lohn 500'000 Franken nicht übersteigt. Als Referenzlohn dient der Lohn von Bundesratsmitgliedern. Eine Mehrheit stellte sich hinter dem Vorstoss. Der Ständerat muss darüber noch befinden. Finanzminister Ueli Maurer wehrte sich erfolglos gegen die Motion. Er gab zu bedenken, dass die Festlegung einer Lohnobergrenze aus seiner Sicht einen zu starken Eingriff in die Unternehmenssteuerung bedeute. (14.12.)
- **Bundesverwaltung:** Der Bundesrat soll die Ausgaben für die Vergabe von externen Beratungsmandaten in den nächsten fünf Jahren jährlich um 8 Prozent reduzieren. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat eine entsprechende Motion von Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH) angenommen. Der Entscheid fiel mit 106 zu 85 Stimmen. Bigler argumentiert mit den kontinuierlich steigenden Kosten für externe Beratungen der Bundesverwaltung. Finanzminister Ueli Maurer verteidigte derweil den Einsatz von externen Dienstleistern. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Dieser hatte vor einem Jahr eine ähnlich lautende Motion abgelehnt. (14.12.)
- **Bundespersonal:** Die Bundespersonalverordnung (BPV) soll nicht vorschreiben, dass die Angestellten des Bundes ihre Arbeitszeit zumindest einmal in ihrer beruflichen Laufbahn um mindestens 10 Prozent reduzieren können, falls sie das wünschen. Der Nationalrat lehnte eine Motion der grünen Fraktion mit 136 zu 54 Stimmen ab. Lisa Mazzone (Grüne/GE) argumentierte, das Bundespersonal müsse mit durchschnittlich 41,5 Stunden pro Woche lange arbeiten, was weder der Gesundheit noch der Produktivität diene. Bundesrat Ueli Maurer gab zur Antwort, der Bund sei bereits ein moderner Arbeitgeber. Die Forderung der Motion könne für die Bundesverwaltung aber problematisch werden, wenn beispielsweise in einer Einheit mehrere Mitarbeitende gleichzeitig von ihrem Recht Gebrauch machen würden. Die Motion ist damit vom Tisch. (14.12.)
- **Panama Papers:** Ob Panama Papers oder Paradise Papers - mehrere SP-Vertreter wollten mit parlamentarischen Vorstössen gegen die verbreiteten Tricks von Konzernen und reichen Privatleuten zur Umgehung des Fiskus vorgehen. Der Nationalrat erteilte allen eine Absage. Finanzminister Ueli Maurer erinnerte den Rat daran, dass der Bundesrat im Kampf gegen Steuerschlupflöchern bereits Massnahmen aufgeleistet habe. Unter anderem sei er daran, die Empfehlungen der

Groupe d'action financière (Gafi) zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung umzusetzen. Die Gafi hatte kritisiert, dass in der Schweiz Berufe und Unternehmen ausserhalb des Finanzbereichs - zum Beispiel Anwälte - nicht dem Geldwäschereigesetz unterstellt und damit ungenügend beaufsichtigt werden. (14.12.)

- **Vollgeld-Initiative:** In den Schlussabstimmungen hiessen die eidgenössischen Räte den Beschluss zur Vollgeld-Initiative (mit 168 zu 10 Stimmen im Nationalrat und 42 zu 0 Stimmen im Ständerat) gut. (15.12.)
- **Schengen:** In den Schlussabstimmungen verabschiedeten der Nationalrat mit 109 zu 79 Stimmen und der Ständerat mit 38 zu 5 Stimmen die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands (Übernahme der EU-Verordnung 2016/1624 über die Europäische Grenz- und Küstenwache). (15.12.)